

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlbrück, Rönahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 56

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 8 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto —

Halver
Samstag, den 7. März

Erscheint: wöchentlich 6 mal
Gratisbeilagen: „Zeitgeschichte im Wochenbild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herd und Scholle“, „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“.

1931

Gegen den Kulturbolschewismus

Schulfragen im Reichstag.

Die Schwarze Liste.

Schon zum viertenmal ist der erste Punkt der Tagesordnung im Reichstag die Beratung des Haushalts für das Innenministerium. Oft Gefagtes wird noch öfter wiederholt und stößt auf müder werdenden Beifall der Freunde, auf nur noch matteren Widerspruch der Gegner des Redners. Man weiß ja, daß die Aussprache unter der Parole steht, die an den guten alten Tirolergruß erinnert: Zeit lassen!

Aber zu der Länge der Redezeit für den Haushalt selbst und die zahlreichen ihm noch angeschlossenen Anträge und Interpellationen steht in einem kontrastreichen Gegensatz die — was ja wörtlich zu nehmen ist — Länge der Tagesordnung, ihre „Vielseitigkeit“ sozusagen, denn ganze Seiten sind wieder den zahlreichen Anträgen der Göttinger Justitia reserviert, die ihre Arme verlangend, aber nicht gerade liebevoll nach einer ganzen Reihe von Abgeordneten ausstreckt. Ein großer Schub von derartigen Gesuchen ist ja schon in jener berühmten Nachmittags- und 9. Februar in Bausch und Bogen angenommen worden. Auch jetzt erbitten die Straßburger gegen über zwanzig Abgeordnete die Genehmigung des Reichstages zur Einleitung oder Durchführung von Strafverfahren. Nach drei oder vier Abgeordneten scheinen sich aber gleich mehrere Staatsanwälte und sieben Abgeordnete sollen sich wegen Verleumdung im Privatklagenverfahren den Beleidigten stellen. Es handelt sich bei den Strafgesuchen nicht etwa bloß um Verleumdungen gegen die Verleumdungsparagrafen oder gegen das Gesetz zum Schutz der Republik, also um politische Vergehen, sondern mehrfach tauchen auch Anklagen wegen Untreue, Unterschlagung und ähnliche Delikte auf. Außerdem erscheinen auch Untersuchungen wegen Vorbereitung zum Hochverrat. Zum allergrößten Teil vorberichtet der Staatsanwalt aber nur, daß die Abgeordneten zum Erscheinen vor Gericht gezwungen werden. Allerdings, zwei Abgeordnete sollen sitzen, sollen die gegen sie erlassene Strafe abbüßen, weil sie die ihnen auferlegten Geldstrafen nicht bezahlt haben. Aber das sind eben nur zwei, gegen alle anderen soll nur Recht gesprochen, aber nicht vollstreckt werden.

Sitzungsbericht.

(48. Sitzung.) CB. Berlin, 6. März.

Der Reichstag feiert die zweite Beratung des Haushaltsplanes für das Reichsministerium des Innern fort. Verbunden wird damit das kommunistische Mißtrauensvotum gegen Dr. Wirth.

Frau Abg. Dr. Weber (Ztr.) wendet sich in scharfer Weise gegen die Bekämpfung des Christentums durch den Kommunismus. Vor allem muß die Kammer gegen die kommunistischen Zersetzungsbemühungen geschäftig werden, die das Wort Vater und Mutter völlig beseitigen wollen.

Aber auch in der Presse, im Rundfunk und im Film kann man heute eine Verhöhnung des Familienlebens beobachten. Das verbiten wir uns. (Beifall im Zentrum) Im Gegensatz zu der falschen Zivillisation der modernen Filme muß die christliche Kultur eine bessere Pflegestätte finden. Das Zentrum lehnt die russischen Filme ebenfalls ab. Bei der Freidenkerbewegung handelt es sich ohne jedes positive Ziel immer nur um

die Beschimpfung der Kirche.

Dankbar ist anzuerkennen, daß sich der Minister gegen die Politisierung der Schule ausgesprochen hat.

Auch Frau Abg. Dr. Witz (D. Vp.) beschäftigt sich in der Hauptsache mit Schulfragen. Bedauerlich sei die außerordentliche Zersplitterung im Schulwesen und es sei auf die Dauer untragbar, daß in den Ländern bei wechselnden Regierungen in der Schulpolitik das Ruder dauernd herumgeworfen wird.

die Schule zum Spielball der Parteien gemacht wird. Ebenso schließt sich die Rednerin den Ausführungen des Ministers über den Einbruch des barbarischen Kulturbolschewismus in das deutsche Geistesleben an. Ein Reichsschulgeseß dürfte heute auf allzu große Schwierigkeiten stoßen. Schließlich verlangt die Rednerin eine Wiederherstellung des ursprünglich im Haushalt ausgeworfenen Betrags für die Pflege der Leibesübungen.

Abg. Freiherr von Hammerstein-Bozgen (Dt.-Hann.) begrüßt die Forderung des Ministers nach stärkerer Betonung konfessioneller Weltanschauung. Der Redner erinnert dann an den hundertsten Geburtstag des Freiherrn von Bodelschwingh, der sich seit seines Lebens für die deutsche Volksgemeinschaft eingesetzt hat und dessen Werk fortzuführen wir uns heute mehr denn je bemühen sollten.

Abg. Schlange-Schönningen (Dt. Landvolk) weist darauf hin, daß das Landvolk angesichts der leeren Kasse auf der rechten eine zahlenmäßig nur sehr schwache Opposition ist. Auf der Landvolkspartei laste infolgedessen

eine ungeheure Verantwortung.

Sie lasse sich aber von keiner Volksstimme in ihrer Politik beeinträchtigen und sei gewillt, sachlich weiterzuarbeiten. Die Lage in Deutschland sei aber doch wohl nicht so optimistisch zu beurteilen, wie es der Minister getan habe. Wir stehen vielleicht mehr als je in den letzten Jahren heute vor einem Scheidewege.

Bei der Gottlosenpropaganda handelt es sich letzten Endes um einen Angriff der russischen Politik auf Deutschland, gegen den wir uns schon viel zu spät zur Wehr setzen.

Die Radikalisierung der Jugend

ist bei der heutigen Lage fast verständlich, doch sollten sich die Jugendführer nicht von Zwanzigjährigen treiben lassen. Ein Bürgerkrieg bedeutet nicht unbedingt für jede Nation den Niedergang, aber er bedeutet diesen sicherlich für ein so gefesseltes Land, wie Deutschland es heute ist. Nur wenn man dem Volke neuen Glauben und neue Hoffnung gibt, kann man es aus seiner heutigen Not herausführen.

Reichsinnenminister Wirth

erkennt, daß die Regierung den Ernst der Lage keineswegs verkenne, daß sie aber auch gewandt sei, jede Unternehmung zur

Entfesselung eines Bürgerkrieges schon im Keime zu ersticken. Nirgends kann man heute in Deutschland davon sprechen, daß ein Bürgerkrieg bevorsteht.

Wenn in unserem Volk das Parteipolitische, Dogmatische gegenüber den staatspolitischen Notwendigkeiten zurückgeklappt wird, besteht die Hoffnung, die Krise überwinden zu können. In einem Urteil des Reichsgerichtes wegen des Verbotes einer nationalsozialistischen Zeitung heißt es, daß mindestens Teile der nationalsozialistischen Arbeiterpartei der Überzeugung sind, daß die von der Partei angestrebte Änderung der Verfassung nur durch einen Gewaltakt erfolgen könne und daß deshalb die breiten Massen ideologisch auf einen solchen Umsturz vorbereitet werden müßten. Dieser ideologischen Vorbereitung haben alle diejenigen zu bezeugen, die erkennen, daß die Krise des Verfassungslebens auch von ungeheuren sozialen Katastrophen begleitet sein muß.

Seien Sie mit uns in dieser Abwehr einig, dann hat der deutsche Staatsgedanke einen großen Erfolg zu buchen.

Abg. Dr. Moses (Soz.) machte auf die schweren Gesundheitschädigungen aufmerksam, die als Folge der jetzigen Wirtschaftskrise in der Arbeitererschaft zu beobachten sind. Nach dem Urteil von Autoritäten ist das Elend der Kriegsjahre schon wieder erreicht. Der Redner wandte sich gegen den Plan eines „Gesundheitspasses“, der ein gefährliches Instrument in der Hand der Arbeitgeber gegen die Arbeitnehmer werden könnte.

Abg. Becker-Berlin (Komm.) wandte sich gegen die Heraussetzung des Wahlalters und betonte, daß in Rußland schon die Achtzehnjährigen Wahlberechtigung hätten.

Frau Abg. Behn-Schuch (Soz.) befragte eine Forderung der Filmzensur. Der Remarque-Film ist als die stärkste Propaganda gegen den Krieg und für den Frieden zu bezeichnen.

Abg. Schlad (Ztr.) verlangt Erhöhung der Mittel für wissenschaftliche Forschung. Die damit beauftragten Organisationen, insbesondere die Reichsgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, sollten noch mehr als bisher vom Reich betreut werden. Ebenso müsse mehr für die Gesehndhaltung des für die Volkswirtschaft so bedeutungsvollen Viehbestandes gesorgt werden.

Abg. Gellert (Soz.) forderte Erhöhung der Mittel zur Förderung der Leibesübungen und des Beitrages für die Arbeiterolympiade in Wien.

Damit schließt die Aussprache. Vor der Abstimmung über den Mißtrauensantrag gegen Dr. Wirth erklärt Abg. Döblich (Landvolk), daß seine Fraktion dem Minister mit Mißtrauen gegenüberstehe, aber keine Veranlassung habe, für das kommunistische Mißtrauensvotum zu stimmen.

Hinter den Kulissen.

Der märchenhafte Punkt. — Englisch-indische Versöhnung. Verlangsamtes Tempo.

Es war einmal... — man muß wirklich diese Märcheneinleitung wählen, wenn man von der Diplomatie der Gegenwart spricht. Es war einmal ein „Punkt“ neben 13 anderen, der die Abschaffung der Geheimdiplomatie forderte; der Mann, der diese 14 Punkte erfaßt, ist allerdings später in Geistesnacht gefallen. Der Geheimdiplomatie und ihrer Tätigkeit hat jener märchenhafte Punkt nicht im geringsten geschadet, natürlich auch nicht durch die spätere Verpflichtung im Völkerbundsstatut, daß alle Verträge zwischen den Mitgliedsstaaten in Genuß registriert werden sollen. Das wird man zweifellos auch mit dem neuen Fünfmächtevertrage tun, den England in Paris und Rom mühsam genug zusammengebracht hat. Bloß ist weder die jetzige Ausdehnung des Londoner Marineabkommens auch auf Frankreich und Italien das politisch-diplomatische Wesentliche noch seine Registrierung beim Völkerbund. Was aber war und ist der entscheidende, nicht schriftlich vereinbarte, nicht registrierte Hintergrund? Hierfür braucht man nur auf den demonstrativ-lauten Beifall zu verweisen, der nach diesen Ereignissen dem Außenminister Briand in der Französischen Kammer begrüßt. Das war der Dank dafür, daß die diplomatisch-politischen Differenzen mit Italien ausgeglichen, von Rom über Paris bis London — mit Amerika und Japan im Hintergrund — eine einheitliche Front hergestellt ist. Eine Front gegen wen? Nun, — gleichzeitig damit sprach der deutsche Außenminister Dr. Curtius in Wien eine Forderung aus, die von jener andern Front bereits als erledigt, als gar nicht diskutabel zwar nicht erklärt, aber betrachtet wird: Deutschland fordere vom Völkerbund eine allgemeine Abrüstung, ohne die eine Zusammenarbeit nicht möglich sei; und das gleiche Recht auf Sicherheit sei für Deutschland nicht nur ein relativer, sondern ein absoluter Begriff. Man kann in der Französischen Kammer leicht „Nie wieder Krieg!“ rufen, — denn Frankreich hat ja nur das eine Interesse, nämlich die „Ordnung“ in Europa so aufrechtzuerhalten und zu wahren, wie Versailles es bestimmte. Natürlich, mit der „Begründung“ hierzu macht man es sich leicht; Briand zitiert sogar die alte Kriegsschuldbüchse hervor. Nicht so plump, nicht mit so deutschen Worten wie sein Ministerkollege Maginot, sondern diplomatisch andeutend: Er könne sich „kein tragisches, eindrucksvolleres Schauspiel“ denken als diesen „Kampf des deutschen Volkes gegen die Verantwortung am Kriege, die ihm seine letzten Staatsmänner von 1914 aufgebürdet haben“. Und vergeblich protestiert der deutsche Außenminister Dr. Curtius in Wien „gegen die Hereinziehung der falschen Kriegsschuldbüchse in die Zusammenhänge der Abrüstungsfrage“.

Ebenso wie bereits auf der letzten Genfer Tagung Deutschland von dem italienischen Vertreter gerade in der Abrüstungsfrage im Stich gelassen worden ist, offenbar in Kenntnis der bald auftauchenden Einigung mit Paris und London, ist ja auch die englische Regierung Macdonalds erst hinter den Kulissen, erst geheim-diplomatisch, dann ganz offen zum Gegner Deutschlands in

Der Antrag wurde mit 271 gegen 66 Stimmen der Kommunisten bei 36 Stimmenthaltungen der Wirtschaftspartei, der Deutsch-Hannoveraner, Volkssnationalen und des Landvolks abgelehnt.

Eine kommunistische Entschliegung, die die Reichsregierung erucht, die Zahlung von Polizeizuschüssen an Thüringen und Braunschweig sofort einzustellen, wird mit 308 gegen 64 Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten wird eine kommunistische Entschliegung angenommen, alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das Verhältnis von Staat und Kirche sowie von Kirche und Schule neu regelt.

Abgelehnt dagegen wird eine Ausschufentschliegung auf Vorlegung eines Gesetzes, das die allgemeine Schulpflicht um ein Jahr erweitert.

Die namentliche Abstimmung über den kommunistischen Antrag, das Verbot des Films „Im Westen nichts Neues“ sofort aufzuheben, wird mit 307 gegen 64 Stimmen abgelehnt. Dagegen wird der sozialdemokratische Antrag mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten und der Staatspartei angenommen, wonach der Reichstag das Verbot dieses Films sachlich für nicht begründet hält.

Zwei volksparteiliche Anträge, die die Regierung ersuchen, Maßnahmen zu erwägen, um die Verlegung der „Internationalen der Gottlosen“ von Moskau nach Berlin zu verhindern und weiter ein neues Lichtspielgesetz vorzulegen, das einen wirksamen Schutz der nationalen Würde und des deutschen Ansehens im Ausland gewährleistet, werden abgelehnt.

Ein kommunistischer Antrag auf Vorlegung eines Gesetzes, der die Feuerbestattung einheitlich reichsgesetzlich, unter Beseitigung aller landesgesetzlichen Ausnahmebestimmungen gegen die Feuerbestattung und bei völliger Gleichberechtigung der Feuerbestattung mit der Erdbestattung regelt, wird mit 199 Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten gegen 153 Stimmen der übrigen Parteien angenommen.

Ebenso wird ein staatsparteilicher Antrag auf beschleunigte Einbringung eines allgemeinen Beamtengesetzes angenommen.

Die Anträge auf Vorlegung eines Reichsschulgesetzes werden dem Bildungsausschuß überwiesen.

In erster und zweiter Beratung findet der sozialdemokratische Gesetzentwurf Annahme, der aus Anlaß des Verbots des Remarque-Films bestimmt, daß solche verbotenen Filme wenigstens in geschlossenen Gesellschaften gezeigt werden können.

Der Antrag auf Strafvollstreckung wird ohne Aussprache dem Geschäftsausschuß überwiesen.

Das Haus vertagt sich auf Sonnabend 10 Uhr: Haushalt des Reichstages, Stellenvermittlungsgesetz.

dieser Frage geworden. Die Behandlung des Abrüstungsproblems, die erst lange Jahre hindurch stockte, ist so plötzlich in Bewegung, ja geradezu ins Rennen zum schnell erreichten Ziel hin gekommen, daß nur naive Gemüter eine enge, unkontrollierbare Tätigkeit hinter den Kulissen leugnen können; nur so konnten die Hindernisse aus dem Wege geräumt und ein gemeinsames Weitermarschieren vereinbart werden. Begnügt sich doch — neben dem jetzt abgestoppten Betrüben zur See — eine andere Sorge Englands zu heben: die indische Frage. Gewiß wird die nur Außerlichkeiten betreffende, auf Kompromissen aufgebaute persönliche Einigung zwischen Gandhi und dem englischen Vizekönig in Indien kaum zu einer schnellen Beruhigung der indischen Aufstands- und Unabhängigkeitsbewegung führen, aber ein Anfang ist doch gemacht, ein praktischer Anfang über die theoretischen Versuche der „Konferenz am runden Tisch“ hinaus. Das hat aber nun zur Folge, daß sich England erleichterten Herzens mehr der Europapolitik zuwenden kann, da Macdonald in England selbst eine Art doppelten außenpolitischen Erfolges vorweisen kann.

Aber das alles ist nun „große Politik“, bei der, solange die Welt steht, immer hinter den Kulissen „geschoben“ wurde, und zwar auch schon damals, als es noch gar keine Kulissen gab. Vermutlich wird diese nur für die Diplomaten sympathische Tätigkeit auch dann noch trotz Wilson fortgesetzt werden, wenn künftige Regierungsküsten überhaupt verbannt hat. Im übrigen sind ja doch nicht bloß die künftigen Diplomaten für diese Kulissenpolitik, sondern ihre unzünftigen Kollegen von der Innenpolitik lernen diese sogenannte Kunst auch sehr schnell. Manche bringen es dabei sogar zu einer virtuellen Meisterleistung und selbst die politischen Gegner des jetzigen Reichslanzlers gestehen ihm zu, daß er eine erschöpfende Beantwortung für die „Behandlung“ verzweifelter politisch-parlamentarischer Situationen hat. Zurzeit hat er wieder einmal Gelegenheit, dieses Talent auszumünzen. Denn hinter den Kulissen soll ausgehandelt werden, wie man die Sozialdemokratie bei der Stange der Haushaltsberedung hält. Schon die „Extratour“ beim Streit um die Gefrierfleischzufuhr war uneben, aber Dr. Brüning hält es offenbar mit seinem Vorgänger, dem Reichslanzler Bülow, der einmal erklärte, ein Chemann dürfte nicht gleich einen roten Kopf bekommen, wenn seine Frau auch mal mit nem anderen tanzt. Allerdings ist diese „Frau“, Italien nämlich, dann in entscheidender Stunde bekanntlich den Dreihandpartnern mehr als nur untrennbar geworden, hatte unlängst jener Extratour hinter den Kulissen schon mit anderen kofettiert. Brüning freilich sucht alles daranzusetzen, daß das Spiel auf der parlamentarischen Bühne bis zu Ende geführt wird; daß zwischen durch „Honorarforderungen“ von Mitspielenden gestellt werden, hat zunächst dazu gezwungen, das Spieltempo zu verlangsamen. Da bedarf es denn emfiger Arbeit hinter den Kulissen, um zu erreichen, daß das Spiel fortgesetzt werden kann, — um möglichst zu verhindern, daß es ein vorzeitiges Ende nimmt und dann der Leiter allein wieder eine Art Diktatorrolle übernehmen muß.

Dr. Pr.

Kann es noch schlimmer werden?

Wirtschaftliche Wochenschau.

Fast fünf Millionen Arbeitslose! Eine Zahl, die in sich eine Unsumme von körperlichem und seelischem Leid und eine erschreckende Einbuße an materiellen und immateriellen Gütern birgt. Aber nicht genug damit. Um den mit der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit verursachten Ausfall an Kaufkraft für den Binnenmarkt zu errechnen, muß man weitergehen und die Kurzarbeiter zu den gänzlich Arbeitslosen zählen und dann zu beiden Kategorien noch ihre Angehörigen. Man kommt dann zu der erschütternden Feststellung, daß nunmehr mehr als ein Fünftel der Gesamtbevölkerung von den Folgen des Beschäftigungsmangels betroffen ist. Aber Zahlen und Ziffern sind Schall und Rauch, das ganze Ausmaß unseres Wirtschaftselends muß man sich an einem handgreiflichen Beispiel klarmachen. Hier ist ein schauriges Abbild, das Leben und Vorstellbarkeit hat. Denken wir uns dieses traurige Heer der Einkommenslosen, das über ganz Deutschland ausgebreitet ist, geographisch zusammengefaßt, so kommt es der Einwohnerzahl von Süddeutschland fast gleich, die etwa ein Fünftel der Gesamtbevölkerung Deutschlands ausmacht. Wir können uns also etwa ein Bild von den Auswirkungen der Arbeitsnot machen, wenn wir uns vorstellen, daß in ganz Bayern, Württemberg, Baden und Hessen sich keine Arbeitshand mehr rührt, kein Fabriksschornstein mehr raucht, nicht Pflug und Sense mehr ihr Werk vollbringen würden und die zur Untätigkeit verdamnte Bevölkerung durch das nördliche Deutschland ernährt werden müßte. Kann es noch schlimmer werden?

Der Versuch einer Konjunkturprognose kann daher im Augenblick nicht darauf abgestellt sein, ob und wann mit einem allgemeinen Aufschwung der Konjunktur zu rechnen ist, er wird sich vielmehr auf die Frage zu beschränken haben, wie weit etwa die Hoffnungen auf ein Ende des Konjunkturrückganges berechtigt sind. Und allem Anschein nach kann, wenn überhaupt ein „Silberstreifen“ am Horizont zu entdecken sein sollte, dieser nur bedeuten, daß es nun nicht weiter abwärts, aber vorläufig noch nicht aufwärtsgehen kann, so daß wir uns fürs erste auf den augenblicklichen Zustand im großen und ganzen als auf den normalen Konjunkturstand werden einrichten müssen. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Streckung der Arbeit bedeutet dann wirtschaftlich betrachtet auch schon eine gewisse Resignation insofern, als sie von der Auffassung ausgeht, daß die Arbeitsmenge eine Größe sei, die sich zunächst nicht wesentlich steigern lasse. Vom allgemeinen Standpunkt aus betrachtet trägt die Arbeitsstreckung ebenso wie zahlreiche andere Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit heute in erster Linie der Erkenntnis Rechnung, daß das Problem vom rein wirtschaftlichen immer mehr zum politischen und sozialen geworden ist und es vor allem auch darauf ankommt, die zerrütteten psychologischen Wirkungen der Dauerarbeitslosigkeit zu mildern. Das Beispiel von Ruhrort-Meiderich hat bewiesen, daß sich Mehrheiten von Arbeitswilligen finden, die die Beschäftigung zu verkürztem Lohn der Arbeitslosigkeit und der Unterhaltung aus öffentlichen Mitteln vorziehen, wenn bei der bisherigen Lohnhöhe die Fortführung des Betriebes nicht mehr möglich ist. Zu einer konjunkturellen Belebung kann jedenfalls die Arbeitskürzung kaum beitragen und ob die übrigen Mittel, die von der Lohn- und Einkommenseite her dem Konjunkturstand zu Leibe gehen wollen, den gewünschten Erfolg haben können, kann ebenfalls zweifelhaft sein. Streckung eines an sich zu kurzen Vorrats, sei es nun an Arbeit, Lebensmitteln oder Kapital, kann niemals zu einer Vermehrung, die wir notwendig brauchen, sondern höchstens zu einer Verlängerung mit gleichzeitiger Verdiminution führen, wobei zwar jeder etwas, aber niemand genug hat. Nur indem wir dafür Sorge tragen, daß nicht durch Abfluß ins Ausland, sei es durch Tributzahlungen, sei es durch den Kauf von entbehrlichen Auslandswaren, sich unser Anteil an Geld oder Arbeit noch weiter schmälert, können wir wieder eine genügend tragfähige Grundlage gewinnen, auf der wir von neuem anfangen können zu bauen, wenn auch bescheiden, so doch solider als in den Jahren des verblenden Übermut und des Propentums eines erborgten Scheinreichtums nach Krieg und Inflation.

Dr. S.

15 000 Chinesen machen „Weißes Pulver“

5000 Räuber überwachen den Betrieb.

Die chinesische Regierung hat festgestellt, daß fast die gesamte etwa 15 000 Menschen zählende Bevölkerung von Sin-Anghang (?) sich mit der Herstellung von Rauschmitteln, dem sogenannten „Weißen Pulver“, befaßt. Das „Weiße Pulver“ ist eine Mischung von Heroin und anderen Rauschmitteln. Geschützt wird die Stadt bei ihrer Beschäftigung von einer Brigantenarmee in Stärke von 5000 Mann, denen es durch Raubzüge gelungen ist, sich in den Besitz von 200 Maschinengewehren und 5000 Gewehren und Mauserpistolen sowie einer Batterie von Feldgeschützen zu setzen. Die Räuber besorgen sich laufend Munition durch den Austausch von Rauschmitteln. Von Sin-Anghang aus werden große Mengen des „Weißen Pulvers“ nach allen Teilen Chinas geschmuggelt, ohne daß die Regierung hiergegen wirksam einschreiten könnte.

Die Strafanträge im Leipziger Waffendiebstahlsprozeß.

Hohe Zuchthausstrafen beantragt.

Zu dem vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts seit Wochen verhandelten Waffendiebstahls- und Hochverratsprozeß gegen 30 Leipziger Kommunisten beantragte der Reichsanwalt Neumann wegen schweren Diebstahls, Vergehens gegen das Schusswaffengesetz und Vergehens gegen das Kriegsgerätegesetz in Tateinheit mit Beihilfe zur Vorbereitung des Hochverrats gegen den Kaufmann Posner, der das Waffenlager verkauft hat, unter Verlegung mildernder Umstände fünf Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrenrechtsverlust. Gegen die Hauptbeteiligten am Waffendiebstahl Wagner, Döring und Hoffmann beantragte der Reichsanwalt unter Verlegung mildernder Umstände gleichfalls je fünf Jahre Zuchthaus. Den Angeklagten soll die Untersuchungsfrist mit neun bzw. zehn Monaten angerechnet werden.

Die Gerüchte um den Klosterfonds.

Aufklärung im hannoverschen Provinziallandtag.

Das Plenum des hannoverschen Provinziallandtages befaßte sich mit dem Klosterfonds, und es ist nach den Erklärungen des Oberpräsidenten Rostke, der wiederholt das Wort nahm, festzustellen, daß die Absicht einer Verringerung der Verwaltung und Zweckbestimmung, die von vielen Seiten befürchtet wurde, bei der preussischen Regierung nicht besteht, daß vielmehr bei dieser lediglich Erwägungen darüber angestellt worden sind, ob und welche Ersparungen bei der Verwaltung des Klosterfonds in der Klosterkammer erzielt werden können. Bei Beginn der Sitzung nahm

Oberpräsident Rostke

das Wort und erklärte unter Bezugnahme auf die verschiedenen Nachrichten, alle diese Gerüchte seien absolut gegenstandslos und völlig aus den Fingern gezogen. Eine feinerzeit ausgegebene amtliche Erklärung in dieser Sache sei von den Blättern wohl gebracht worden, habe diese aber nicht gehindert, nachträglich allen möglichen irdischen Nachrichten Raum zu geben, und so sei es gekommen, daß sich allmählich eine Stimmung ausbreitete, die schließlich darauf hinauslief, daß in einem Aufruf alle Hannoveraner aufgefordert wurden, sich schützend vor ihren Klosterfonds zu stellen. Es habe aber nicht die geringste Absicht bestanden und bestehe auch nicht, an der Verwaltung des Klosterfonds auch nur das geringste zu ändern. Lediglich das eine sei Tatsache, daß in der Regierung Erwägungen und Erwägungen gepflogen worden seien, den Versuch zu machen, gewisse Ersparnisse in der Verwaltung zu erzielen, die bei der Lage der Dinge im allgemeinen an sich dringend erwünscht seien, zumal damit zu rechnen bleibe, daß die Erträge geringer würden.

Erwidern des Abg. von der Decken.

Der deutschhannoversche Abgeordnete von der Decken nahm alsbald das Wort zur Entgegnung auf die Ausführungen des Oberpräsidenten. Er gedachte einleitend der großen Verdienste des verstorbenen Präsidenten der Klosterkammer und betonte, es sei zu hoffen und zu wünschen, daß der Nachfolger des Präsidenten Dr. Richter in den gleichen Bahnen weiterschreite bei der Verwaltung des Klosterfonds. Der Redner wiederholte dann den schon vor einer Jahr von ihm ausgesprochenen Wunsch, daß die im Etat der Klosterkammer für Klöster und milde Stiftungen ausgeworfenen Beträge erhöht werden möchten. Abg. von der Decken fragte dann nach dem Stand der Verhandlungen über die von Polen beschlagnahmten drei Güter der Klosterkammer und wandte sich darauf den Darlegungen des Oberpräsidenten Rostke zu, wonach die ganzen sogenannten Gerüchte aus der Luft gegriffen sein sollten. Der Oberpräsident habe sich nur mit einem Artikel der „Niedersächsischen Zeitung“ befaßt. Ob er nicht den Aufsatz des Abg. v. Campe im „Hannoverschen Kurier“ gelesen habe, der davon gesprochen habe, daß, wo Rauch sei, auch Feuer sein müsse? Ob er von dem Rauch nichts bemerkt habe. Die fraglichen Gerüchte stammten nicht nur aus einer Quelle, sondern aus den verschiedensten Teilen der Provinz Hannover. In solchem Falle pflegten sie nicht ohne Grund zu sein. Der Redner schloß: „Wir nehmen die Erklärungen des Oberpräsidenten zur Kenntnis, werden uns aber nicht darin stören lassen, sorgfältig Obacht zu geben.“

Der Antrag der Deutschhannoverschen Partei zur Frage des Klosterfonds ging dahin: „Der Provinziallandtag wolle beschließen: Der Provinziallandtag fordert wiederholt die Unterstellung des hannoverschen Klosterfonds unter die Verwaltung der Provinz.“ Ähnliche Anträge wurden von sozialdemokratischer und kommunistischer Seite gestellt, wobei jedoch der Beweggrund von dem der Deutschhannoveraner abweicht. Abg. Föge-Göttingen (Dem.) trat für eine Reformierung der Verwaltung des Klosterfonds ein.

Der stellvertretende Präsident der Klosterkammer

Ministerialrat Stalman,

gab im Anschluß hieran Aufklärung über die von dem Abg. von der Decken gestellten Fragen. Betreffs der von polnischer Seite beschlagnahmten drei Klostergüter sei alles geordnet, um sie freizubekommen. Der höchste polnische Gerichtshof in Warschau habe aber trotz aller Proteste und Hinweise auf die Rechtslage gegenteilig entschieden. Es komme nun die Frage der Entschädigung durch die Reichsregierung in Betracht; diese Frage ruhe aber augenblicklich, da das deutsch-polnische Abkommen noch nicht ratifiziert sei. Was die von dem Abg. von der Decken angeregte Frage der Erhöhung der Unterhaltung von Klöstern und milden Stiftungen betreffe, so solle diese Angelegenheit geprüft werden. Wenn die Verwaltungskosten, so fuhr der Redner fort, gerügt würden, so sei darauf hinzuweisen, daß, wie jedermann wisse, die Forstverwaltung an sich in der neueren Zeit eine starke Vergrößerung erfahren habe; trotzdem sei die Verwaltung der Forsten in der Klosterkammer so, daß sie immer noch ertragsreich seien.

Oberpräsident Rostke

nahm nunmehr nochmals das Wort und erklärte u. a.: Wenn von allen möglichen Seiten von der Regierung gefordert werde, alle unnötigen Gelbtausgaben zu sparen, so müsse er dabei bleiben, daß es nur folgerichtig sei, wenn auch daran gedacht werde, die Verwaltung der Klosterkammer zu verbilligen. Die Anträge, den Klosterfonds unter die Verwaltung der Provinz zu stellen, würden nichts daran ändern, daß die preussische Regierung betreffs eventueller Einsparungen an der Verwaltung des Klosterfonds an ihrem Standpunkt festhalte, um zu ermitteln, ob nicht die von jemandem aufgestellte Behauptung zu Recht bestehe, daß sich diese Kosten um 100 000 Mark im Jahr verringern ließen.

Nach der Erledigung der Angelegenheit der Klosterkammer folgte die Weiterberatung des Etats und im Anschluß daran wurde zur Abstimmung über die Anträge geschritten.

Antrag für Erhaltung der Klosterkammer-Selbständigkeit. — Keine Sonderzahlungen für Beamte.

Nach Beendigung der Beratung des Allgemeinen Etats wurde im Provinziallandtag zur Frage der Klosterkammer ein Antrag angenommen, der die preussische Staatsregierung ersucht, die rechtliche und tatsächliche Lage der Klosterkammer wie sie sich seit Jahrhunderten entwickelt hat und heute rechtens ist, nicht zu ändern, insbesondere an der Selbständigkeit der Verwaltung nicht zu rütteln.

Mehrere ebenfalls zur Annahme gelangte Anträge bezogen sich darauf, daß den Beamten der Provinz keine Sonderzahlungen geleistet werden sollen.

Danach wird es sämtlichen Provinzunternehmen unterstellt, Aufwandsentschädigungen, Tantiemen usw. an die Mitglieder des Vorstandes des Aufsichtsrats und an Provinzialbeamte zu zahlen. Bei Unternehmen, an denen die Provinz nur anteilmäßig beteiligt ist, haben die bestellten Vertreter der Provinz die ihnen von den Unternehmen gezahlten Entschädigungen usw. an die Provinz abzuführen. Die Provinz zahlt in beiden Fällen statt dessen die betreffenden Tage- und Übernachtungsgelder, die für Dienstreisen festgesetzt sind.

Grauenhafter Mädchenmord im Kreise Bersebrück.

Die Geliebte in den Brunnen geworfen.

In Lechtrup-Merzen im Kreise Bersebrück wurde seit einigen Tagen die 20 Jahre alte Dienstmagd Bernhardine Heibler vermißt. Man fand sie schließlich in einem Weidebrunnen mit dem Kopf nach unten tot auf. Das Mädchen hatte ein Verhältnis mit einem Unbekannten, der vermutlich ihr Mörder ist. Sie war bei ihrer verheirateten Schwester tätig und hatte sich abends in ihr Schlafzimmer begeben. Am anderen Morgen fand man das Schlafzimmer leer. Darin lagen nur nasse Strümpfe und Hosiery.

Einige Tage blieben die Nachforschungen ergebnislos. Ein Kind entdeckte schließlich eine Blutspur, die zu einem Brunnen auf einer Weide führte. Hier fand man eine große Blutlache, und beim Absuchen des Brunnens entdeckte man die Leiche des Mädchens, das einen Strid um den Leib hatte, der auch an einem Fuß befestigt war. Außerdem hatte der Mörder die Leiche mit Steinen beschwert. Das Mädchen ist offenbar zunächst am Brunnen erschlagen und dann hineingeworfen worden. Ferner entdeckte man nicht weit davon entfernt an einer versteckten Stelle eine mit Holzstangen, Heidekraut usw. verdeckte Grube, die erst in den letzten Tagen ausgeworfen war und wo anscheinend die Leiche zuerst verscharrt werden sollte. Nach den Ermittlungen hat der Mörder das Mädchen wahrscheinlich aus dem Schlafzimmer gelockt. Er selbst ist unbekannt, da das Mädchen verschlossen war und sich nie über ihn aussprach.

Der Zusammenbruch der Petershager Bank.

Gesamtschuld mehr als 350 000 Mark.

Vor dem Schöffengericht zu Minden i. W. begann der Holzhöfer-Prozeß, der Aufklärung über den Zusammenbruch der Petershager Bank geben soll. Angeklagt sind wegen fortgesetzter Urkundenfälschung, fortgesetzten Betruges und Untreue die ehemaligen Bankbevollmächtigten Hr. Schwarze-Petershagen, dessen Ehefrau, die Prokura hatte, und der Filmschauspieler Goldhöfer, der unter dem Namen Christel Holt bei der Goldfilm-AG. gedreht hat. Durch die Beteiligung an dieser Filmgesellschaft sind etwa 18 000 Mark verloren gegangen. Nach der bisherigen Vernehmung der Angeklagten beträgt die Gesamtschuld der Holzhöfer-Bank mehr als 350 000 Mark. Bei dieser Endsumme sind jedoch noch nicht alle Forderungen angegeben. Der Bevollmächtigte Schwarz beteiligte sich unberechtigt an der Behalt-Minden, und zwar mit 65 000 Mark. Das tat er aber nicht im Auftrag der Bank. Er wird demnach wahrscheinlich nur wegen einfacher Unterschlagung und nicht wegen Depotunterschlagung und Konkursverbrechens bestraft werden können.

Die Verhandlung wird am Sonnabend fortgesetzt und es dürfte dann am Nachmittag das Urteil zu erwarten sein.

Immer noch unerledigte Kriegsgefangenenansprüche.

Ein unglaublicher Zustand.

Trotz aller Bemühungen der interessierten Kreise harren die Entschädigungsansprüche der ehemaligen Kriegsgefangenen noch immer ihrer Erledigung. Dieser Tage sind dem Reichstag und dem Reichsrat in einer Eingabe der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener und anderer Kriegsgefangenenverbände neue Vorschläge für die Regelung dieser Ansprüche unterbreitet worden. Es wird vor allem Einspruch gegen die Absicht des Reichsfinanzministers erhoben, die unter 10 Mark liegenden Beträge der Arbeitsguthaben aus französischer Kriegsgefangenschaft (es handelt sich um mehrere hunderttausend Fälle) der Hindenburgspende zu überweisen. Man verlangt die Auszahlung der Beträge über 3 Mark und schlägt vor, die Restbeträge der bekannten Wähler in der Kriegsgefangenen-Gesellschaft für ihre Liebesbeteiligung zur Verfügung zu stellen. Ferner wird Auszahlung der durch die Genfer Konvention verbrieften Gehaltsrückstände des Sanitätspersonals und eine Entschädigung für die nach dem Waffenstillstand in den zerstörten Gebieten Nordfrankreichs und Belgiens von den zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen geleistete Wiederaufbauarbeit gefordert. Das Endziel dieser Bemühungen der ehemaligen Kriegsgefangenen ist eine allgemeine gesetzliche Schlussregelung aller derartigen Ansprüche. Gegen die verantwortlichen Instanzen wird der Vorwurf erhoben, daß sie sich der Interessen und Ansprüche der ehemaligen Kriegsgefangenen gegenüber den ehemaligen Feindstaaten nicht in dem Maße angenommen haben, wie es ihre Pflicht gewesen wäre. Darum wird auch Rechenschaftslegung gefordert über alle Verhandlungen, die wegen dieser Forderung mit den fremdländischen Regierungen geführt wurden. Die Reichstagsdebatte hebt hervor, daß nicht materielle Vorteile für den einzelnen den ehemaligen Kriegsgefangenen Anlaß sind ihre Ansprüche mit zäher Energie zu verteidigen. Triebfeder ihres Handelns und Forderens sei vielmehr das Bewußtsein einer seit dem Kriege bis in die heutige Zeit andauernden Zurücksetzung der ehemaligen Kriegsgefangenen gegenüber anderen Volksgenossen. Diese zeigt sich vor allem in der einseitigen Preisgabe der Rechte der Kriegsgefangenen im Rapallo-Vertrag und unlängst im Young-Plan. In beiden Fällen blieb die Entschädigung der preisgegebenen deutschen Kriegsgefangenenansprüche im Gegensatz zu der Regelung ähnlicher Ansprüche, z. B. der Auslandsdeutschen, bislang ungeregelt. Reichstag und Regierung sollten endlich einmal eine Lösung dieser jahrelang verschleppten Fragen herbeiführen.

Zu näherer Auskunft ist die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener, Gau Westfalen-Ost und Lippe, Geschäftsstelle Joh. Tölle, Elfen b. Paderborn gern bereit, auch können sich Interessenten jederzeit an die Bundesleitung der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener e. V., Berlin W. 35, Potsdamerstraße 26 b, wenden.

Das Schicksal der Kroll-Oper.

Die neue Abstimmung am 18. März.

Der Staatsvertrag mit der Volksbühne Berlin soll, nachdem bei der Abstimmung sich die Beschlussfähigkeit des Landtages ergeben hat, wie verlautet, am 18. März erneut zur Abstimmung gestellt werden. An diesem Tage findet nach dem Beschluss des Ältestenrates auch die Schlussabstimmung zu dem Berliner Gesetz statt.

Oesterreich ist optimistisch.

Dr. Ender über die Wirtschaftskrise.

Bundeskanzler Dr. Ender gab im Nationalrat einen Überblick über die Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Er schloß mit den Worten: „Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so dürfen wir erwarten, daß wir den Tiefpunkt der Wirtschaftsdpression bereits überwunden haben.“ Er verwies auf die keineswegs ungünstige Voraussage des österreichischen Konjunkturforschungsinstituts und auf das Sinken der Zahl der Arbeitslosen in Oesterreich, das seit länger Zeit zum erstenmal zu verzeichnen sei.

Die britische Armee 148 800 Mann stark.

Nach dem Haushaltsvoranschlag belaufen sich die Kosten für die britische Armee auf 39 Millionen 930 000 Pfund, was eine Verminderung um 570 000 Pfund gegenüber dem Vorjahre bedeutet. Die Stärke des Heeres in England soll 148 800 Mann betragen, jedoch ist die tatsächliche Stärke infolge der Rekrutierungsschwierigkeiten um etwa 10 000 Mann geringer. Die Anwerbungen reichen kaum aus, um die Abgänge wettzumachen. Die Territorialarmee beläuft sich zurzeit auf 6784 Offiziere und 127 282 Unteroffiziere und Mannschaften.

Lokales und Provinzielles.

Nierste, den 7. März 1931.

Kampf dem Tode!

2. Tim. 1, 10: Er hat dem Tode die Macht genommen und Leben und unvergänglichem Leben an das Licht gebracht.

„Kampf dem Tode!“ Unter dieser Überschrift las ich heute einen Aufsatz, in dem ausgeführt ist, es sei „in der Tat die wichtigste Aufgabe der Gegenwart“ und die Zukunft der Völker hänge davon ab, daß jeder durch eine vernünftige Ernährung sein Leben zu verlängern suche. Nur sollen wir natürlich auch unseren Leib vernünftig behandeln. Aber es ist ein ungeheurer Selbstbetrug, die Sorge um ihn zur Hauptsache unseres Lebens zu machen und die Gesinnung zu fördern, die so auf das eigene liebe Leben bedacht ist. So besiegt man den Tod nicht — einmal kommt er ja doch! —, sondern so wird man immer mehr sein Sklave in der ängstlichen Besessenheit, ihm möglichst lange auszuweichen. Und was wäre mit Menschen, die so auf eigene bürgerliche Leben bedacht sind, gewonnen für die Zukunft der Völker? Das gäbe eine schöne Zukunft!

Beseitigt, seines Schreckens und seiner Macht beraubt, kann der Tod nur auf eine ganz andere Weise werden. Man mag sich sträuben und die Augen zumachen, es bleibt dabei: nur einer hat ihn besiegt, und das ist Jesus. Da hilft alles Reden nichts. Diese Tatsache steht da. Und es ist so: nicht der Leib darf uns die Hauptsache sein, daß wir ihn pflegen um jeden Preis, sondern unser wahres inneres Leben, unsere Seele; nicht das Vergängliche an uns — es vergeht ja doch! —, sondern das Unvergängliche in uns. Dies unser eigentliches Leben vernünftig pflegen, sorgsam hegen und stärken, indem wir ihm immer wieder Speise und Kraft aus Gott selbst zuführen, das heißt den Tod bekämpfen und besiegen und das heißt, eine bessere Zukunft für die Völker schaffen durch Menschen, die im Dienst der selbstlosen Liebe für andere leben, weil sie das eigene Leben nicht überschätzen. Nicht aus der Gesundheitspflege der Antike ist die Erneuerung der Welt gekommen, sondern aus der Passion dessen, der den Tod auf sich nahm für andere.

Wie wird das Wetter?

Die Wochenwende, die vom Februar zum März hinüberleitete, brachte bei vorübergehendem Temperaturanstieg starke Regenfälle und schwere Stürme. Die Folge davon war, daß in Süd- und Südwestdeutschland das erste Hochwasser sich zeigte. Schon am ersten Märztag setzte dann aber wieder ein langsamer Rückgang der Temperaturen ein, der sich im Laufe der Woche noch verschärfte. Es kam zu wiederholten kräftigen Schneefällen, die in Norddeutschland stellenweise den Verkehr lahmlegten. In der Schweiz gingen im Voralpenland und im Wallis ungeheure Schneemassen nieder. Durch Lawinenstürze wurden mehrere Bahnlinien unterbrochen. In den deutschen Mittelgebirgen sind die Schneeverhältnisse nach wie vor gut — im Sinne des Wintersportlers. In den letzten Tagen hat sich über Mitteleuropa ein Hochdruckgebiet entwickelt, so daß wir im Bereich kalter östlicher Luftströmungen vorhanden sind, dürfte in den nächsten Tagen besonders im Süden und Südosten mit neuen Schneefällen zu rechnen sein.

* **Verbesserungen im Fernsprechverkehr.** Zur Verbesserung eines störungsreichen Fernsprechbetriebes verlegt die Deutsche Reichspost seit Jahren die Fernsprechleitungen in Kabel. Ausßer den Weitverkehrs- und Ortsleitungen werden auch die Bezirksleitungen in steigendem Maße verkabelt. Außer anderen Bezirken, wie Dortmund, Bochum, Köln usw. ist ein weiteres Kabel auf der Strecke Lüdenscheid-Meinerzhagen vorgezogen, das die Einbeziehung von Meinerzhagen in den Schnellverkehr in demselben Umfange wie Lüdenscheid sowie die gleichzeitige Überführung des Fernverkehrs auf das Fernamt in Lüdenscheid ermöglicht. — Ein weiterer großer Teil der Kabel ist dazu bestimmt, kleinere und mittlere Fernsprechvermittlungstellen, bei denen die Einführung des Selbstanschlußbetriebes beabsichtigt, an ihr sogenanntes Ueberleitungsfernamt anzuschließen. Eine derartige Zusammenfassung des Verkehrs bei einigen wenigen Fernämtern — im Bezirk der Oberpostdirektion Dortmund nur 19 bei insgesamt 112 Vermittlungsstellen — gestattet eine bessere Ausnutzung der Betriebsmittel und ermöglicht einen einwandfreien und ununterbrochenen Fernverkehr auch für die kleinsten Fernsprechvermittlungsteile. Durch die Verlegung der vorgesehene Kabel strenger sich die Länge der Bezirkskabel im Oberpostdirektionsbezirk Dortmund um 131 km und die Länge der Doppelverbindungen um 6100 km. Durch die Herstellung der Kabel und sonstigen Baustoffe sowie durch die Verlegungsarbeiten, die insgesamt einen Kostenaufwand von 1,2 Mill. RM beanspruchen, erhalten viele Kräfte Arbeit und Brot.

C.R. **Erwerbslosendienst.** Schon seit einigen Jahren hat der Westdeutsche Jungmännerbund in Verbindung mit

dem Westfälischen Provinzialverband für Innere Mission, Bethel und Westf. Herbergsverband den außerordentlich wertvollen Versuch unternommen, erwerbslose jugendliche Industriearbeiter für die Landwirtschaft umzuschulen. Im Hinblick auf die ersten Jahre darf dieser großzügige Versuch als voll auf gelungen bezeichnet werden. In einem Bether Aufnahmehaus gesammelt, werden die jungen Leute nach einer gewissen Probezeit zunächst auf medienburgischen Gütern untergebracht. Die Betreuung der jungen Menschen, die meistens in Gruppen von 6—10 Mann zusammen leben, liegt in der Hand eines bewährten Jugendführers, den der Westdeutsche Jungmännerbund für diesen verantwortungsvollen Dienst zur Verfügung gestellt hat. Das Ziel dieser Arbeit ist die Anstellung der Willigen als freie Leute auf eigener Scholle. Als auch volkswirtschaftlich gesehen, eine große Aufgabe, zumal bei der erschreckenden Entvölkerung des bedrohlichen deutschen Ostens. Hier ist der Beweis erbracht, daß bei wirklich ernstem Willen auch noch etwas getan werden kann.

Halver

—) **Fernsprech-Schnellverkehr.** Ab Montag, den 9. d. M. wird Köln mit den dazugehörigen Anschlußorten zum Schnellverkehr zugefassen. Anruf in bekannter Weise durch Wählen der 9. Abkürzungen (nd: für Köln-Kln, Bonn-Bn, Brühl-BL, Hermülheim-Hmh, Worringen-Wo.

—& Die Ww. Richard Steinbach, geb. Brüningshaus zu Dege in hiesiger Gemeinde, vollendet morgen, Sonntag, den 8. März ihr 81. Lebensjahr. Am folgenden Tage, Montag, den 9. März vollendet die Ww. Julie Hedfeld zu Ober-Langenscheid ihr 82. Lebensjahr. Wir entbieten bei den Altersjubiläen unsere herzlichsten Glück- und Segenswünsche.

Schalksmühle

—: **Veränderung im Fernsprechbetrieb.** Vom 9. März 1931 ab ist das Ortsfernrechnetz Schalksmühle zum Schnellverkehr mit den Ortsnetzen Köln, Bonn, Brühl und Hermülheim zugelassen. Gespräche mit den vorgenannten Orten sind vom 9. ab beim Schnellverkehrsamt, Ruf-Nr. 9, anzumelden.

* **Brügg.** Die Freiwillige Feuerwehr hielt ihre diesjährige Generalversammlung unter dem Vorsitz des Kam. Heinr. Domininghaus sen. im Lokal Ferd. Niggelsh mit guter Beteiligung ab. Der 1. Brandmeister Kam. N. Niggemann gab den Jahresbericht. Augenblicklich ist die Wehr 69 Mann stark. Im vergangenen Jahre fanden 5 Übungen und 1 Nachübung statt. Ferner wurde die Wehr 3 mal alarmiert, einschl. eines Waldbrandes, wobei aber die Wehr nicht in Tätigkeit zu treten brauchte. Den Kam. Wilh. Wehrhahn, Heinr. Wiesel und Aug. Kasemann wurde im vorj. Jahr für 2 jährige Dienstzeit das Ehrenzeichen des Landes-Feuerwehrverbandes nebst Ehrenzeugnis, sowie die Ehrenurkunden des Westf. Feuerwehrverbandes überreicht. Hiernach erfolgte der Kassenbericht seitens des Kassierers Kam. G. Willmuth. Die Kasse wurde als musterzünftig geführt anerkannt, und dem Kassierer Entlastung erteilt. Der gesamte Vorstand, sowie das ganze Kommando wurde einstimmig wiedergewählt. Der Vorsitzende dankte für das entgegengebrachte Vertrauen. Die Kam. W. Domininghaus und Fr. Döhlingshaus werden zu Delegierten des Kreisverbandstages in Gadder bestimmt.

* **Lüdenscheid.** Gefährliche Eiszapfen. Schnee und Eis fielen gestern Mittag vom Dache eines Hauses in der Schillerstraße herunter und trafen einen älteren Herrn, der gerade den Bürgersteig passierte. Er wurde dermaßen verwundet, daß man ihn von der Straße hinwegtragen mußte. — Die Straßengasse brach gestern Abend ein Wehrgewerk beim Einbiegen aus der Altenaerstr. in die Thünenstraße ins Wutschen. Das Pferd kam zu Fall und die Vordrücke auf dem Wagen flogen zum Teil ebenfalls auf die Straße. Indessen konnte das entstandene Verkehrshindernis schnell beseitigt werden, da die Sache glimpflich verlief.

* **Hagen.** Oberbürgermeister Dr. Naabe in den Vorstand des Ruhrtaf-Sperrenvereins gewählt. In der Genossenschaftsversammlung des Ruhrtaf-Sperrenvereins am 4. März wurde in der Gruppe Vorstandsmitglieder nach freier Wahl Oberbürgermeister Dr. Naabe, Hagen, einstimmig in den Vorstand des Ruhrtaf-Sperrenvereins gewählt.

Aus der Nachbarschaft

* **Essen.** Neue Talsperre bei Lüdenscheid geplant. Genossenschaftsversammlung des Ruhrtaf-Sperrenvereins. Die diesjährige Genossenschaftsversammlung des Ruhrtaf-Sperrenvereins beschloß u. a.: Um für künftige Zeiten über den notwendigen Reservoirraum zu verfügen, ist im Bereich unterhalb der bereits bestehenden kleinen Talsperre der Bau eines weiteren 32 Millionen Kubikmeter fassenden Staubeckens geplant. Hier wird in nächster Zeit der Stadt Lüdenscheid eine neue Talsperre entstehen, die sich nicht zuletzt infolge ihrer idyllischen Lage zu einem weiteren Brennpunkt für ausländischen Fremdenverkehrs entwickeln dürfte.

Aus dem Gerichtssaal.

* **Hagen.** Schwerer Vertrauensbruch. Wie man im Sauerlande Senfen an den Mann bringt. Vor dem Hagener erweiterten Schöffengericht hatte sich gestern ein früherer Reisender, zuletzt Prokurist der Firma Vereinigte Senfenwerke zu Hagen wegen Unterschlagung von rund 12 000 RM zu verantworten. Der Angeklagte, mit Namen K., war seit 1921 bei der Firma beschäftigt und wurde im Jahre 1925 mit der Bearbeitung des Sauerlandes betraut. Die dort wohnende Senfenhändlergemeinschaft verteilt sich auf etwa 40 Dörfer. Um diese mit Erfolg bereisen zu können, war ein Kraftwagen unbedingte Notwendigkeit. Der Angeklagte sah sich daher gezwungen, wollte er mit der Konkurrenz antreten können, sich einen Wagen zuzulegen und zwar mußte er sowohl die Anschaffungskosten wie auch alle Unterhaltskosten des Wagens selbst tragen. Wie er angab, hat er zuletzt ein Fahrzeug von 425 RM bezogen und erzielte eine Provision von 6000 RM im Jahre. Trotzdem hat er sich verleben lassen, das in ihn gestellte Vertrauen schändlich zu mißbrauchen und nach und nach eine Summe von 12 000 RM zu unterschlagen, indem er das einfassierte Geld nicht abkassierte, sondern für sich verbandte. Er führte zu seiner Entschuldigung an, daß er diese ganze Summe lediglich für den Wagen, der kaufte sich inzwischen einen neuen, da der alte verbraucht war, verwendet habe. Das Amt habe „ihn aufgefressen“. Außerdem habe er dadurch gewaltige Speisen gegessen, daß er für die anlässlich seines Vorlesens aus dem jeweiligen Dorf sich in den Wirtschaften versammelnden Senfenhändler große Zechen habe bezahlen müssen. Hätte er die Händler nicht in dieser Weise traktiert, so wäre ein Kaufabschluß nicht möglich gewesen. Er habe zudem auch die

Schützenfeste besuchen müssen, was ihn einmal nicht weniger als 200 RM gekostet habe. Der Summe habe allerdings die Firma getragen. Das Gericht konnte dem Einlassungen des Angeklagten über den Verbleib des unterschlagenen Geldes nur zum kleinsten Teile Glauben schenken, nahm vielmehr auf Grund von Zeugnisaussagen an, daß er den weitaus größten Teil der Summe für seine eigenen Zwecke verbraucht habe. In Anbetracht des vorliegenden schweren Vertrauensbruchs erkannte das Gericht auf eine Gefängnisstrafe von 10 Monaten unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Wegen seiner bisherigen Straffreiheit — der Angeklagte ist 45 Jahre — wurde ihm für einen Strafrest von 5 Monaten Bewährungsfrist zugewiesen, jedoch wurde mit Rücksicht auf die jetzigen Verhältnisse des Angeklagten — seine Frau, die ihn angeblich zu manchen überflüssigen Ausgaben veranlaßt hat, hat sich von ihm losgesagt — der Haftbefehl anrecht erhalten.

Spiel und Sport

Halver, den 7. März 1931.

* **W. S. S. Fußball.** Der Terminkalender für den morgigen Sonntag sieht u. a. das Spiel

Halver 1. — Varenstein 1.

vor. Sportplatz Karlshöhe. Da infolge der Schneelage seit langen Wochen hieselbst kein Spiel ausgetragen werden konnte, wird man dem morgigen wohl mit Interesse entgegen sehen. Der Halverische Spielklub hat eine Umstellung der Mannschaft vorgenommen. Ob diese es schafft die Punkte hier zu halten? — Anstoß 3 Uhr.

Stürme an der ganzen Ostküste Amerikas.

Die Teufelsinsel von Djeankürmen bedroht.

An der gesamten amerikanischen Küste von Kanada bis Florida herrschen seit zwei Tagen schwere Stürme, so daß die Schifffahrt empfindlich behindert wird. Die kleine Teufelsinsel, etwa acht Kilometer südlich von Halifax, droht geradezu vom Meere verschlungen zu werden. Die 500 Einwohner befinden sich in allergrößter Lebensgefahr. Schwerer Seegang verhindert die Landung von Hilfsschiffen.

Wie aus Halifax gemeldet wird, befindet sich der englische Dampfer „Kosaland“ von 2300 Tonnen mit 35 Passagieren etwa 160 Kilometer südlich von Halifax im schwerer Seesnot. Er verlor infolge eines orkanartigen Sturmes die Schraube und sendet SOS-Rufe aus. Mehrere Schiffe sind bereits zur Hilfeleistung unterwegs.

* **Acht Meter hohe Eiswände.**

An der schwedischen Ostseeküste haben Schneestürme der Schifffahrt große Schwierigkeiten bereitet. In kritischer Lage befinden sich die beiden schwedischen Dampfer „Rane“ und „Marjo“, die von einem Staats-eisbrecher nach Gävle einbugliert werden sollten. Der Versuch mußte aufgegeben werden, da acht Meter hohe Eiswände jedes Vorwärtstommen unmöglich machten. Da der Sturm 20 Sekundenmeter beträgt, und außerdem dichter Nebel herrscht, hat man ernste Besorgnisse.

Im Finnischen Meerbusen sind die beiden deutschen Dampfer „Dremon“ und „Hüter“ aus Hamburg bei Gräsegrund eingefroren. Ihre Lage wird als ernst bezeichnet, da ein in der Nähe befindlicher Eisbrecher keine Hilfe bringen kann.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 6. März.

* **Grubenunglück.**

Eckweiler. Auf der Zeche Maria in Mariendorf ereignete sich eine Explosion, bei der mehrere Personen schwer verletzt wurden.

* **Ehrung Dr. Brauns.**

Berlin. Die Treubandstelle für Bergmannswohnhäuser teilt mit, daß die neue Siedlung in Herringen (Landkreis Hamm) zu Ehren des früheren Reichsarbeitsministers Dr. Brauns wegen seiner hervorragenden Verdienste um die Errichtung von Bergmannsheimstätten „Braunshof“ genannt worden ist.

* **Raubüberfall auf einen Bankboten.**

Altona. Ein außerordentlich frecher Raubüberfall wurde hier auf einen Bankboten ausgeführt. Aus einem mit vier Personen besetzten Kraftwagen stiegen plötzlich zwei Männer aus und sprangen auf den Bankboten zu. Während einer von ihnen den Überfallenen mit einem Revolver bedrohte, entriß der andere ihm eine Aktentasche mit 20 000 Mark Inhalt. Die beiden Räuber flüchteten dann wieder in den Kraftwagen, der in schneller Fahrt in Richtung Hamburg davonfuhr.

* **Strenger Frost in Schlesien.**

Breslau. Im Bereich der zusammenstießenden artischen Kaltluftmassen herrscht in Schlesien strenger Frost. Bei ungebinder Ausstrahlung erreichen besonders in der Nacht zum Freitag die Temperaturen für die Jahreszeit sehr niedrige Werte. Im schlesischen Flachland meldet Gleiwitz als tiefste Temperatur 14 Grad Kälte, im Hochgebirge sank die Temperatur an der Neuen Schlesiens Waude und an der Wiefenbaude auf 18 Grad Kälte. Die tiefste Temperatur der Nacht überhaupt wurde im westlichen Riesengebirge in Hartschdorf mit 20 Grad Kälte gemessen.

* **Snowden erkrankt.**

London. Schatzkanzler Snowden ist erkrankt. Sein Befinden ist ernst. Er leidet an einer schweren Influenza und hat eine schlechte Nacht verbracht.

* **Fortsetzung der deutsch-französischen Besprechungen.**

Luxemburg. Am Sonnabend werden hier der frühere Zentrumsabgeordnete Lambers, das Präsidialmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie Geheimrat Bücher und der Bankier Max Warburg erwartet, um sich mit einer Anzahl französischer Politiker und Bankiers, darunter dem wirtschaftlichen Berater Briands, Seerungs, zu treffen. Es handelt sich um die Fortsetzung der Besprechungen, die Vertrauensleute des Zentrums und der Volkskonservativen im Februar in Paris hatten.

* **Ernster Zustand Poincarés.**

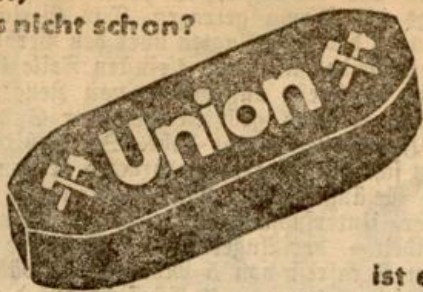
Paris. Poincaré hat einen kleinen Schwächeanfall gehabt, so daß sein Zustand als ernst bezeichnet wird, da man stets einen neuen Anfall befürchten muß.

* **Gandhi will nicht Ministerpräsident von Indien werden.**

London. Gandhi erklärte in einer Unterredung, er würde den Posten eines Ministerpräsidenten für Indien nicht annehmen. Er wolle ihn jüngeren Leuten überlassen. Er sehe den Tag kommen, wo der Mittelpunkt der indischen Nation nicht mehr London, sondern Delhi sein werde. Auf der zweiten englisch-indischen Konferenz werde er die Frage der Schuldverpflichtungen Indiens sicherlich zur Sprache bringen.

Schriftleitung: Wilh. Bell Jr., Halver i. Westf.

Billig und gut,
wer wußt es nicht schon?



ist einzig allein
das Brikett „Union“!

Ingenieurschule Technikum Bauschule
Elektrotechnik, Maschinen-,
Auto-, Heizungs-, Flug-,
Wärme-, Kältetechnik, Landw.,
Maschin-, Schwach-, Stark-,
strom- u. Radiotechnik.
Werkmeisterschule
Lehrpläne
Technikum Lage
Lippe
Bauschule
Architektur, Bauingeni-
eurewesen, Eisenbau,
Eisenbetonbau
Tonindustrie
Ziegel-, Ziegelfabri-
kation, Ziegelmest
frei

Die Form des Bleis für die
Sil
zu nennen!

Hergestellt in den Persil-Werken!

Grundstückverkauf.

Im Auftrage des Herrn
Hugo Plate in Kierspe,
verkaufe ich parzellenwei-
se am Montag, dem 9.
März d. J., nach 5 Uhr,
im Gasth. Plate die frühe-
ren Altbesitzer Grundstücke
ca. 7 Morgen Acker u.
9 Morgen Wald.

Die Waldungen be-
stehen durchweg aus ei-
nem 8-10jährigen Tannen-
bestand.

Bauchhage,
Auktionator.

Metall-Betten

Stahlmatt. Kinder Schlaf-
zimm., Chaiselong. a. Priv.
Ratzen. Kata. 1914 frei
Eisenmöbelfabrik Suhr (Thür.)

Allgemeine Ortskrankenkasse Kierspe.

Ausschuß-Sitzung

am Samstag, dem 14. März 1931,
nachmittags 6 Uhr
im Hotel Berliner Hof Kierspe.

1. Abnahme der Jahresrechnung.
2. Zahlstelle Rönfahl.
3. Bericht über die vom Versicherungsamt
benannten Satzungsberichtigungen.
4. Beschlussempfehlung über Erhebung von Ge-
bühren bei Nachbesuchen.
5. Nachtrag zur Dienstordnung (6% iger
Gehaltsabbau).
6. Genaue Bestimmung der Sitzungslokale
für die Ausschusssitzungen.
7. Verschiedenes.

Der Vorsitzende des Vorstandes.

Rektoratschule Schalksmühle

Eine Aufnahmeprüfung

wie sie früher üblich war findet fortan nicht mehr
statt. Die Prüfungskommission, die auf Grund
der vorliegenden Zeugnisse und Gutachten über
die Aufnahmefähigkeit der für Sexta gemeldeten
Schüler zu entscheiden hat, tritt am Montag,
dem 22. er. zusammen. — Die Schüler haben sich
am Dienstag, dem 24. er. nachmittags 3 Uhr
im Rektoratschulgebäude vorzustellen, wo ihnen
die Beschlüsse der Prüfungskommission mitgeteilt
werden.

Anmeldungen nebst Zeugnissen und Gutachten
erbitet bis zum 21. er.

Halverscheid.

Staatl. Oberrealschule in Aufbauform (Aufbauschule) in Wipperfurth.

Die Schule führt nach wenigstens 7jährigem
Besuch der Volksschule

in 3 Jahren zur Obersekundareife,
in 6 Jahren zum Oberrealschulabitur.

Aufnahme von Knaben und Mädchen,
in die Klassen II III — VI.

Schülerkarten der Wupper-Steg.

Auskunft und Prospekt durch
Dir. Dr. Klemmer, Fernruf 310.

Die Mütterberatungsstunde

in Kierspe-Bahnhof
findet am Mittwoch,
dem 11. ds. Mts. nach-
mittags 3 Uhr in der
Schule statt.

Der Gemeindevorsteher

Verkehrs-Verein Schalksmühle.

Einladung
zur

General- Versammlung.

am 12. März 1931,
20 Uhr im Lokale Hugo
Guffert, Schalksmühle

Tagesordnung:

1. Jahresbericht und
Rechnungslage.
2. Vorstandswahl.
3. Verschiedenes.

Suche sogleich einen Jungen

welcher gut melken u.
alle landwirtschaftl.
Arbeiten verricht. kann.

Näheres zu erfahren in
der Geschäftsstelle des
Allg. Anzeigers Halver.

In 3 Tagen Nichtraucher

Auskunft kostenlos.
Samstag-Depot, Halle a. S. 3 L 33

Wenig gebrauchter Staubsauger

Marke „Elektro Lux“
preiswert zu verkaufen

Wo, sagt die Geschft.
des Allg. Anz. Halver.

Immobilien

Bei Verkauf, Verpach-
tung, Ankauf und Päch-
tung von Gütern, Ge-
schäfts- u. Wohnhäusern
wende man sich ver-
trauensvoll an das

Immobilienbüro
E. Strenge, Kierspe-Str.
Hochstraße.

Düngemittel!

Empfehle und halte
auf Lager vorrätig:

Thomasmehl,
Kalksalz 40%,
Ammoniak-Super-
phosphat 9x9,
Ammoniak-Super-
phosphat 5x1,
Am. Sup. Ka. 8x8x8,
Reines Superphos. 16%,
Knochenmehl 4x24,
Schwefel, Ammoniak,
Kalkstickstoff,
Nitrophoska 1,
Nitrophoska 2.

E. Zimmermann,
Dhl-Rönfahl,
Telefon Nr 11 Rönfahl

Wir eröffnen die Frühjahrs-Saison
unserer Abteilung
Damen-Konfektion
in einer sehenswerten AUSSTELLUNG
in unseren Schaufenstern.

Alsberg
Das Haus der Moden. Halver



Toilettenseife



Waschmittel

Blumenseife	p. St. 11	Transparentseife
Lanolinseife	p. St. 25	(reine Oelseife) p. Pfd. 22
Lilienmilchseife	p. St. 32	Waschpulver G. E. G.
Badeseife	p. St. 32	„Famos“ das nie versagende
Kleeblütenseife	p. St. 30	selbsttätige Waschmittel 35
Cremeseife	p. St. 30	„Mitor“ (Edelseife in Pulverf.)
Rosenseife	p. St. 30	Abwasch- u. Spülmitt. „Rim“
Bimsteinseife	p. St. 10	„Solex“ (Wasch- u. Bleichmitt.)
Rasierseife	p. St. 25	„Amo“ in Streudosen

Ferner:

Seifenflocken, Soda, Bleichsoda,
Scheuertücher und Bürsten. —

Konsumverein Halver
e. G. m. b. H.

Mit Glas schreiben

heißt
leicht schreiben
schnell schreiben
und mit Tinte
durchschreiben



Diese Vorteile
bietet Ihnen der

HARO
Füllhalter mit der auswechselbaren
Original-HARO-Glasfeder
mit der blauen Kugel

1 Jahr Garantie
Preis
3.- u. 3.50
Mark

Mit der massiven, fein polierten Glasfeder
schreiben Sie ohne Spießen weich u. fließ wie
mit Blei. Sie schreiben aber mit Tinte. Die Glas-
feder können Sie selbst leicht auswechseln.
Die Original-HARO-Glasfeder für jede Handschrift
passend, (fein, mittelfein, stumpf) kostet 30 Pfg.

Machen Sie bitte eine unverbindliche
Schreibprobe bei

Buchhandlung
Wilh. Bell jr., Halver.

Preussisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne
gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer
in den beiden Abteilungen I und II

23. Ziehungstag 6. März 1931
In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M.
gezogen

4 Gewinne zu 5000 M. 282983 332119
24 Gewinne zu 3000 M. 13434 14427 42446 69793 144262 169776
192880 205649 224987 260388 357626 359345
62 Gewinne zu 2000 M. 6590 8790 18925 37391 61326 62861 69663
70922 107271 107647 128394 167258 182562 185795 188541 219148
228737 230701 240857 242488 243709 257104 271813 286774 292080
304987 306587 351582 365767 392994 393791
138 Gewinne zu 1000 M. 2780 7863 8877 15486 27432 30162 33071
31578 37700 40821 43394 44012 44710 48995 54457 78585 78582
101619 101650 102922 110749 123545 135128 140722 145804 146561
155948 158663 159054 159763 161871 163360 169199 172580 174314
174518 181778 185126 193435 200707 204456 215998 223659 233663
235369 235515 243042 243666 253035 257508 259193 267331 271712
284300 293325 294001 305501 315812 320316 322021 330395 333326
345651 348578 354095 383072 389271 397895 399568
180 Gewinne zu 500 M. 2605 7633 14620 18567 22212 33175 33696
42504 53559 54326 56686 63649 74622 75003 76420 78658 79267
80632 90503 108844 110043 112877 115810 122519 123084 126866
128035 135161 138531 140299 142997 143848 145947 147697 151736
159273 163568 164308 164791 168487 168496 191598 200576 201624
207380 208266 208625 210781 211684 217535 221020 224952 225932
226932 241363 242137 242383 249126 252997 255896 260433 261766
269988 272939 281958 286822 288380 291604 308125 309807 324496
330066 335622 336807 336859 340198 350682 359317 360004 362415
367024 372236 374214 381112 382433 386076 388185 389716 392961
395296

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M.
gezogen

6 Gewinne zu 10000 M. 30460 111163 155716
8 Gewinne zu 5000 M. 157458 203957 274390 341411
32 Gewinne zu 3000 M. 34742 44161 86404 113013 119315 136080
132324 205522 265390 267570 312130 316174 316743 325544 349188
363677
38 Gewinne zu 2000 M. 23936 29618 30491 45727 61254 79294
94990 103909 108316 111358 140442 153670 167766 172407 199573
266060 334112 382340 392863
80 Gewinne zu 1000 M. 3604 7596 25097 25307 27302 31995 63815
88900 87717 92821 94533 98079 107356 115412 132801 138182
146667 163549 169608 203081 205117 207540 219316 220807 229715
235902 251800 254954 277007 280091 288356 326332 328943 341821
341973 352231 375075 375450 383415 398754
142 Gewinne zu 500 M. 2530 6394 9572 19660 21228 29452 36756
41743 43469 51723 57026 59024 67559 67683 67901 78065 81603
85647 86585 94598 10579 122375 133005 139776 150469 153128
164720 167235 167361 158031 159712 163623 165719 166876 174184
175947 176175 182961 191774 200660 209521 212058 213077 213319
216207 220838 227700 228040 228259 241653 258928 264101 278040
282942 293416 295288 300400 301738 306128 316938 320681 321648
323097 337481 339249 354887 357065 360184 370621 373588 378768

Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien zu je 500 000, 8 Gewinne
zu je 250 000, 26 zu je 100 000, 92 zu je 50 000, 200 zu je 20 000,
650 zu je 2000, 1144 zu je 1000, 1884 zu je 500, 5938 zu je
400 Mark.

Familien-Nachrichten.

Geboren:

1 Sohn Martin Lausberg und Frau, Trude geb. Böh, Hal-
ver. — 1 Tochter Ernst Konrad Schwalbe und Frau Hede-
wig geb. Wehland, Heßendahl. — 1 Sohn Erwin Ewald
Ebbinghaus und Frau, Anna geb. Theßen, Neuenhülse.

Vermählte:

Otto Gude und Annelise Gude geb. Grätering, Mainz. —
Helmut Böh, Halver und Elisabeth Böh, geb. Dornbach,
Dornbach. — Friedr. Wilhelm Kattwinkel, Winkhausen
und Frieda Elisabeth Henriette Kattwinkel geb. Koll, Hüh.
Albert Kattwinkel, Börlinghausen und Meia Kattwinkel,
geb. Engelbrecht, Weinerzhagen.

Gestorben:

Ww. Wilhelm Brünninghaus sen., Lina geb. Gierfeyer zu
Nadebormwald, 77 J. alt. — Clara Böh zu Halver, 55 J.
alt. — Emil Linnepe zu Balve, 59 J. alt. — Gustav
Küdelhaus zu Dthlinghausen, 74 J. alt. — Ww. Maria
Katharina Pfender geb. Reich zu Dahlebrück, 73 J. alt.
Erwin Stauferberg zu Schalksmühle, 18 J. alt. — Frau
Karl Börlinghaus, Emma geb. Eder zu Hesse, 74 J. alt.
Frau Clara Heinicke geb. Tasche zu Hülenscheid. — Wil-
helm Brinkmann sen. zu Büschhöf bei Weinerzhagen,
80 J. alt.